

**Twenty Years After: Parliamentary Democracy and Parliamentary Representation in Post-Communist Europe.
Eine internationale Tagung des Sonderforschungsbereichs 580
im Alten Schloss Dornburg am 7./8. Mai 2010**

Zwanzig Jahre sind vergangen, seit die Länder Zentral- und Osteuropas eine Transformation vom kommunistischen zum demokratischen System begannen. Unter dem Titel „Twenty Years After: Parliamentary Democracy and Parliamentary Representation in Post-Communist Europe“ organisierten das Jenaer Forschungsprojekt zu Parlamentarischen Führungseliten des Sonderforschungsbereichs 580 und der Arbeitskreis Demokratieforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gemeinsam eine Konferenz, die durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert wurde. Den Auftakt gaben *Michael Edinger* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und *Gert Pickel* (Universität Leipzig) mit drei Schlüsselfragen: Welche Entwicklungen können in den vergangenen zwanzig Jahren in den post-kommunistischen Ländern ausgemacht werden? Welche Verbindungen bestehen zwischen politischen Eliten, Parlamenten und Bürgern? Haben die neuen Demokratien eine Bürgergesellschaft ausgebildet?

In seiner Bestandsaufnahme der bisherigen Transformation analysierte *Paul G. Lewis* (The Open University) zunächst, was sich geändert hat, um dann zu beurteilen, ob diese Veränderungen Erfolge oder Misserfolge darstellen. Als Rahmen verwendete er *Claus Offes* Konzept der dreifachen Transformation: territorialstaatlich, demokratisch und ökonomisch. Zur Bewertung lasse sich aus Daten des Pew Center für 2009 ersehen, dass zumindest etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung der meisten post-kommunistischen Länder die demokratische und ökonomische Transformation befürwortete. Ebenso schätze die wissenschaftliche Literatur die Folgen des Wandels eher gemischt ein: Auch wo demokratische Institutionen und Prozesse etabliert sind, seien diese instabil oder nur schwach entwickelt. Einer der wichtigsten Gründe hierfür sei, so argumentierte *Lewis*, dass die ökonomische Transformation eine kapitalistische Demokratie hervorgebracht habe. Eine detaillierte Bilanz zu verschiedenen Dimensionen der Transformation wurde in drei Panels gezogen.

Das erste Panel beschäftigte sich mit den Transformationspfaden der post-kommunistischen Länder. Hier charakterisierte *A. Jan Kutylowski* (University of Oslo) die Demokratien Zentral- und Osteuropas als kompetitive Oligarchien im Sinne *Robert A. Dahls* mit einem niedrigen Grad an Partizipation der Bevölkerung bei einem gleichzeitig ausgeprägten politischen Wettbewerb. Die folgenden Beiträge untersuchten die Transformation zwischen Konsolidierung einerseits und Deformation andererseits. So fragte *Marianne Kneuer* (TU Darmstadt), welche Rolle Parteieliten bei der Institutionalisierung von Parteiensystemen spielen. Hierzu modifizierte sie *Scott Mainwaring*s und *Timothy R. Scullys* Konzept von Institutionalisierung, indem sie neue Indikatoren ergänzte: den Einzug neuer Parteien ins Parlament, Abspaltungen von Parteien, den Fraktionswechsel von Abgeordneten und den Anteil unabhängiger Abgeordneter. Daten für diejenigen zentral- und osteuropäischen Länder, die 2004 der EU beigetreten waren, ergaben, dass noch in der zweiten Dekade nach dem Beginn der Transformation vier dieser Länder als semi-institutionalisiert anzusehen waren. Dort führe das erratische Handeln der Parteieliten zu Wechselwahlverhalten und verhindere damit eine vollständige Institutionalisierung der Parteiensysteme.

In *Timm Beichelt's* (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) Beitrag bildete das Parteiensystem eine Grundlage neben Wählerpräferenzen und Parteiorganisation für die politische Repräsentation der Bevölkerung. Für die (In-)Stabilität der parlamentarischen Repräsentation fand er empirisch drei Muster: Einige Länder halten eine dieser Ebenen stabil, obwohl die beiden anderen instabil sind; in anderen behauptet sich ein stabiles Parteiensystem gegen instabiles Wahlverhalten; und in wieder anderen behaupten sich stabile Parteiorganisationen gegen instabiles Wahlverhalten. *Beichelt* fragte, ob instabile Muster parlamentarischer Repräsentation in einem Zusammenhang mit der Legitimation des gesamten politischen Systems stehen. Hierzu stellte er zwei unterschiedliche Versionen des Zusammenhangs vor: Die pragmatische Version sehe marktschaffende Sozialdemokraten und protektionistische Liberale, die ideologische dagegen rein Liberale und Populisten.

Das Parlament mit den gewählten Repräsentanten stellt bekanntlich den konkreten Ort der Repräsentation dar. Entgegen der gängigen Auffassung in der Tradition *Nelson Polsbys*, dass lange Amtsdauern die Institutionalisierung eines Parlaments gewähren, testete *Mihail Chiru* (Central European University Budapest) *John R. Hibbing's* Hypothese, dass hohe Austauschraten unter den Abgeordneten dann mit parlamentarischer Institutionalisierung vereinbar sind, wenn Neulinge entsprechend rekrutiert und sozialisiert werden, um die ausscheidenden Abgeordneten zu ersetzen. Entsprechend weisen Estland, Ungarn und Rumänien seit der jeweils ersten Wahlperiode hohe Austauschraten auf; dennoch könne für die Nationalparlamente aller drei Länder momentan ein gegenüber 1990 höherer Grad an Institutionalisierung festgestellt werden.

Dass bei der Betrachtung der Transformation generell zwei Seiten einzubeziehen sind, veranschaulichte im zweiten Panel *Vello Pettai* (University of Tartu, Gastprofessor an der Leuphana Universität Lüneburg) anhand seines Angebot-Nachfrage-Modells für die Untersuchung der Stabilität von Parteiensystemen. Die bisher üblicherweise allein untersuchten Nachfrageindikatoren reflektieren die „fountain of electoral democracy“, nämlich die Wählerpräferenzen. Diesen stellte *Pettai* nun kollektive und individuelle Angebotsindikatoren gegenüber. Kollektive messen den Wandel in der Parteiorganisation, individuelle beziehen sich auf das parteipolitische Verhalten von Wiederwahlbewerbern. Führt man Daten der Angebots- und Nachfrageseite für die baltischen Länder zusammen, so zeige sich Estlands Parteiensystem weitgehend konsolidiert; Lettland habe strukturelle Probleme auf der Angebotsseite, da neu gegründete Parteien vorrangig Kandidaten von anderen Parteien anlocken; in Litauen kontrollieren die Parteien die Angebotsseite, insofern als neu gegründete Parteien neue Kandidaten rekrutieren.

Die Dimension der politischen Akteure der Transformation auf der Angebotsseite wurde in den folgenden Beiträgen des Panels diskutiert. Die politischen Karrieren dieser Akteure in Rumänien untersucht *Laurențiu Ștefan* (University of Bucharest). Am gängigen Konzept der politischen Karriere als eines stetigen Aufstiegs in der Ämterhierarchie kritisierte er zum einen, dass politische Ämter schwierig in eine Hierarchie zu bringen seien. Zum anderen fänden sich viele Politiker, deren Karriereverlauf diesem Muster nicht entspräche. Für Rumänien unterschied *Ștefan* zwei Typen: Lokalpolitiker und Nationalpolitiker. Für beide diene das Parlament lediglich als Pufferzone, beide weisen progressive Ambitionen in *Joseph A. Schlesingers* Typologie vielmehr auf der lokalen beziehungsweise nationalen Ebene auf.

Elena Semenova (Jena Graduate School for Human Behaviour in Social and Economic Change) erklärte politische Eliten zu entscheidenden Akteuren für die Konsolidierung junger Demokratien. Eine wichtige Institution dieser Demokratisierung sei das Parlament.

Russland und die Ukraine kennzeichnete sie jeweils im Sinne *Guillermo O'Donnells* als delegative Demokratien, in denen die Macht von einem (demokratisch legitimierten) Präsidenten personifiziert wird. Anknüpfend an Arbeiten von *Juan Linz* und *Alfred Stepan* argumentierte *Semenova*, Konflikte zwischen politischen Eliten innerhalb des Parlaments hätten dazu beigetragen, dass die demokratische Konsolidierung in beiden Ländern weniger fortgeschritten ist als in den ostmitteleuropäischen Staaten. Dies rühre insbesondere von den verdeckten Spannungslinien zwischen Abgeordneten der jeweiligen Titularnation und jenen der Minoritäten her.

Das letzte Panel rückte die Dimension der politischen Nachfrage seitens der Bevölkerung in den Mittelpunkt. Für die Politische Kultur eines Landes ist das kollektive Gedächtnis im Sinne von *Maurice Halbwachs* konstitutiv. Im Zuge der Transformation, so stellte *Lina Klymenko* (Universität Wien) fest, sei dieses Gedächtnis wiedergeboren worden. Welche Folgen die Transformation für die nationale Identität hatte, untersuchte *Lenka Dražanová* (Central European University Budapest). Deren zentrales Element, der Nationalstolz, drücke sich zum einen im ethnisch-basierten Nationalismus aus, zum anderen im institutionen-basierten Patriotismus, dem Stolz auf Institutionen. Die bisherige Auffassung, dass Patriotismus in Zentral- und Osteuropa einen nationalistischen Charakter habe, könne anhand von Daten des National Identity Module aus dem International Social Survey Programme von 1995 und 2003 nicht aufrechterhalten werden.

Insbesondere im Ereignis einer Wahl sprechen die Wähler den verschiedenen Parteien ihre Unterstützung aus, was im Beitrag von *Lukáš Linek* (Academy of Sciences of the Czech Republic, Prague) thematisiert wurde. So hat etwa die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) in Tschechien in den Wahlen seit 1990 konstant zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen erhalten. Als Alternative zu den gängigen Erklärungen dieses Wahlverhaltens als klassenbezogenes oder ökonomisches Wählen fügte *Linek* das Konzept von politischen Generationen in der Bevölkerung hinzu. Auf Grundlage von zwischen 1996 und 2008 geführten öffentlichen Meinungsumfragen fand er vier Kohorten, die sich in ihrer Wahlunterstützung für die KSČM unterscheiden: die Generation der ersten Republik, die Generation des Zweiten Weltkrieges und des Aufbaus des Kommunismus sowie der nachfolgenden Entstalinisierung und Liberalisierung des kommunistischen Regimes, die Normalisierungsgeneration und die demokratische Generation. Die historischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, der militärischen Invasion der Armeen des Warschauer Pakts unter Führung der Sowjetunion 1968 und der demokratischen Transformation mit 1989 haben sich zu jenen Zeiten, als kompetitive Wahlen fehlten, nicht auf das Wahlverhalten auswirken können; sie haben sich aber in den Einstellungen der politischen Generationen niedergeschlagen, die während dieser Ereignisse politisch sozialisiert wurden.

Lars Vogel (Friedrich-Schiller-Universität Jena) plädierte dafür, die Untersuchung der Politischen Kultur um die parlamentarische Repräsentation dieser Bevölkerung durch ihre Eliten zu erweitern. Während der vergangenen zwanzig Jahre hätten sich die ostdeutschen Eliten erfolgreicher in das politische System integriert als die ostdeutsche Bevölkerung. Daten aus mehreren Abgeordnetenbefragungen und einer Bevölkerungsbefragung von 2009/2010 zeigen, dass sich Teile der Bevölkerung nicht repräsentiert sehen, wenn die Eliten in ihren Präferenzen homogen sind, wodurch Unzufriedenheit mit der Demokratie gefördert wird. Dies erklärt, warum der Abstand zwischen Elite und Bevölkerung hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland ausgeprägt

ist. Folglich habe sich letztlich die Interaktion zwischen Eliten und Bevölkerung, von Angebot und Nachfrage, als entscheidend für die Transformation erwiesen.

Auch die eingangs formulierten Schlüsselfragen wurden in den Diskussionsbeiträgen weiterbehandelt. Angesichts der Entwicklung in den post-kommunistischen Ländern bemerkte *Beichelt*, dass dort politische Instabilität zu erwarten sei. Doch sei zu fragen, ob sich dahinter nicht eine normative Abwertung der Instabilität verberge. Zum einen hat hier der Vergleich mit anderen Transformationsländern Aufschluss gegeben. Für die post-autoritären Staaten Südeuropas und Lateinamerikas, darauf wies *Kneuer* hin, seien zwanzig Jahre zur Konsolidierung der Parteiensysteme ausreichend gewesen. Zum anderen sind die westeuropäischen konsolidierten Demokratien üblicherweise zum Vergleich herangezogen worden, erinnerte *Vogel*. Dies erweise sich aber als zunehmend schwierig, da in Westeuropa ebenfalls Dekonsolidierungsprozesse zu verzeichnen seien. Mit Blick auf die europäische Integration warf *Ferdinand Müller-Rommel* (Leuphana Universität Lüneburg) die Frage auf, ob man von einer Konsolidierung sprechen könne, wenn Länder Mitglieder der EU sind.

Deutlich ist geworden, dass es bei einer Bestandsaufnahme der Transformation nicht ausreicht, entweder nur auf die politischen Eliten oder nur auf die Bevölkerung zu schauen. Die Wirkungsrichtung des Zusammenhangs thematisierte *Pettaï* mit der Frage, ob die Bevölkerung den Eliten oder die Eliten der Bevölkerung folgen. Zur Einstellung der Bevölkerung zur Transformation bemerkte *Lewis*, dass selbst wenn die neuen demokratischen Systeme schlechter als die alten, kommunistischen Systeme bewertet werden, es sich weniger um den Wunsch nach der Rückkehr dieser alten Systeme handle als vielmehr um Nostalgie.

Die Konferenz zeigte allerdings ebenso, dass sich die Transformation in den post-kommunistischen Ländern Zentral- und Osteuropas unterschiedlich vollzieht. Daher stellt sich die Frage, wie weit Aussagen verallgemeinerbar sind oder sich auf jedes Land spezifisch beschränken. Zu den Aufgaben der Transformations- und Demokratieforschung gehört außerdem, die Entwicklung der post-kommunistischen Systeme mit Blick auf das Spannungsverhältnis von Eliten und Bevölkerung zu analysieren und sich um eine Einordnung in Demokratisierungsprozesse weltweit zu bemühen.

Sabrina Röser